

Berliner

Volks-Zeitung

Geschäftsführer: Otto Busche, Berlin-Ziethen

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

500 Markentrol 2200	Wasser ohn. 280
1 Liter 920	30-Mark-Stück 140000
Zucker Prand. 1050-1100	Goldzettelgeld 740000
Finanz Ztr. 6250	Kohle 11940
Strom Licht und Kraft. 1050	Schlüsselschlüssel für Schlüssel. 3000
Gas ohn. 650	Index für Ärzte, Berlin. 2000
	für Ärzte im Reich 2784

Zufuhr in Fischen knapp, Preise höher.	
Schellfisch 1400-1600 M., Kabeljau 1200-1400 M., Heringe 1000-1200 M., Seelachs 1200-1400 M., Dorsch 800-1200 M., Makrelen 1200 bis 1500 M., Rotbars 1400-1600 M., grüne Heeringe 800-1200 M., in Eis	Hochts 4000-5000 M., Plötzen 1400 bis 1700 M., Laberd: Hechte 6000 bis 6500 M., Meerfischchen 3200 M., ohne Kn. 3400-3600 M., Margarine 4500 bis 6000 M., d. Eid., Eier 450-480 M., d. St.

Druck und Verlag: Rudolf Rasse, Berlin

Strassenbahn 200, Umsteig. 450	Falk-Ort. 20, Fern u. Ostl. 40 Ausl.
Hochb. II, 250, 300, III, 200, 250	180, Tschetsch. u. Ungarn 140
Stadtbahn. II, 400, III, 200	Brief-Ort. 40, Fern u. Ostl. 100
Omnibus Teil 200, ganze Str. 400	Ausl. 300, Tschet. u. Ung. 240
Dreschke: Kr. x 2000, Pl. x 2000	Telegr. 80 d. W., Grundbes. 160
Teleph. 22000, Geogr. 20, Aut. 40	u. Ausland je nach Währung

Loucheur meldet sich

Eine Rede in Vincennes — „Jemand muss eingreifen“ — Eisenbahnkontrolle und Trennung des Rheinlandes von Preußen

Paris, 17. Mai.
Der ehemalige Minister Loucheur äußerte sich gestern Abend in einer öffentlichen Rede in Vincennes über die wirtschaftliche Lage Frankreichs. Er sprach vom Verfall der Reparationsleistungen und seiner Auslieferung und sagte u. a.: Wir konnten in den letzten Jahren nicht mehr durch die Zahlungsfähigkeit Deutschlands leben. Wenn man wollte, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt, hätte man ihm die Weltmärkte offenhalten müssen. Aber Deutschland hat durch die Inflationspolitik fast ruiniert, es hat dadurch der Welt beweisen wollen, daß es nicht zahlen kann. Seit einem Jahre führt es fast nichts mehr aus. Trotzdem aber will Frankreich behaupten, daß die Ruhrbesetzung wünschenswert war, was ich kein Anhänger dieser Aktion. Ich habe wohl geglaubt, daß man zu Zwangsmaßnahmen kommen müsse, aber ich habe sie im Einvernehmen mit allen Alliierten gewünscht. Die Zeitungen hegen die Hoffnung, daß die Welt den Einmarsch mitbilligen werde. Deutschland hat auch geglaubt, daß sich Meinungsverschiedenheiten zwischen den Franzosen, die Anhänger der Ruhrbesetzung waren, und denen, die gegen die Besetzung waren, ergeben würden. Deutschland muß sich für besiegte erklären; dem Frankreich ist entschlossen, bis ans bittere Ende zu gehen. Niemand in Frankreich, der dieses Moment würdigen will, kann die Klüftung des Ruhrgebietes vor Anerkennung (1) der Rechte Frankreichs billigen. Jemand, der dieses Moment würdigen will, kann die Klüftung zu ermöglichen, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Das ist nur möglich durch eine internationale Anleihe. Amerika, das referiert bleibt, macht eine ernste Anleihe durch. Geld ist Reichum, aber nur unter der Bedingung, daß man sich seiner bedient. Für Amerika gibt es nur ein einziges Mittel, Geld auszugeben. — Loucheur behauptete dann, daß die von Frankreich verlangte Summe vernünftig sei. Jeder Gebante einer Annexion des Ruhrgebietes läge Frankreich fern. Die Besetzung dieses Gebietes ist kein Zweck, sondern ein Mittel, dem man die Besetzung bis jetzt angeschlossen hat. Ein Ergebnis habe, ich habe sie doch die letzte Entscheidung Frankreichs geglaubt, bezahlt zu werden. Die Besetzung des Ruhrgebietes ist auch eine Garantie, die Besetzung dürfte nur in dem Maße aufgegeben werden, in dem

Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt. Eine internationale Anleihe könne Deutschland die Möglichkeit zu produzieren und zu exportieren gewähren, damit es infolge dieser würde, die Reparationen zu bezahlen.
Schließlich sprach Loucheur noch von der Sicherheit Frankreichs. Da der amerikanisch-englische Markt nicht zustandekommen sei, müßten Maßnahmen auf dem linken Rheinufer getroffen werden. Seine Meinung! Somit würde man den Fehler Bismarcks wieder begehen, der östlich-Bohringen ansetzt habe. Ein besonderes Statut für die Rheinprovinz sei aber notwendig. Man müsse die Herrschaft Preußens entziehen; dem Preußen bedeute den Krieg. (1) Außerdem müßte eine internationale Organisation zur Kontrolle der Eisenbahnen auf dem linken Rheinufer geschaffen werden. Frankreich wolle nur sein Recht, aber es wolle auch den Frieden bewahren.

Loucheurs Rede spiegelt seinen bekannten Standpunkt wieder. Wenn er auch jetzt mit Poincaré durch die und dünn geht, so unterscheidet ihn doch etwas Nüchternheit und Überlegung von dem starren Enthusiasmus des Premier. Seine wirtschaftlichen Auffassungen könnten auch sehr wohl eine Grundlage für die Politik zu sprechen kommen, geht es ihm nicht um die Reichsfinanzfrage, der sich in wichtigen innerpolitischen Fragen sehr schlecht betragen sollte. Wenn die Sozialdemokratie die wichtigsten Ministerien besetzt hat, den Krieg bezeugt, wird wohl einig das Geheimnis des Herrn Loucheur bleiben. Wenn also Herr Loucheur nicht noch nach billigen Normen sucht für die Lösung des Rheinlandes vom Reich, dann muß er sich umgeben besser zu unterrichten versuchen. Gerade das demokratische Preußen ist eine Sicherheit für den Frieden. Offenbar hat Herr Loucheur den Namen Seevering zu wenig gehört wie Herr Cuno den Namen Rothbad. Im übrigen ist die Rede Loucheurs mehr eine Angelegenheit der inneren Politik Frankreichs. Es ist eine Wahrheit, und erst die Wahlen von 1924 müßten zeigen, ob Poincaré auch im französischen Volke abgewirtschaftet hat.

Schnelldienst

Lord Curzon hat heute Kravitt empfangen.
In Höhe wurde der Direktor der Phoenix-Gesellschaft verhaftet und nach Witten abgeführt.
Die Untersuchung im Erbschafts-Prozess ist abgeschlossen und dem Reichsgericht übergeben worden. Die Verhandlung gegen Kapitän Erhardt wird aber vorerst noch Ende Juni stattfinden.
In Königshütte wurden deutsche Firmenmitglieder den Polen gestiftet.
Der Fabrikarbeiterstreik in Riga ist durch Vereinbarung auf Grundlage der bisherigen Tarife beigelegt worden.
Reuter bemerkt: formell die Nachricht, daß es zwischen England und Deutschland zu einem Abkommen über die Bagdadbahn gekommen sei.

Dollar: 46650

Um Groß-Hamburg

(Von unserem Sonderberichterstatter)
Die abgebrochenen Verhandlungen — Ein preussisches Milliarbenprojekt — Will das Reich zusehen?

czk. Hamburg, 5. Mai.
Das Problem „Groß-Hamburg“ ist gleichbedeutend mit der Frage, ob der größte deutsche Seehafen seine Stellung als erster Hafen des europäischen Kontinents gegenüber der sich ständig steigenden Konkurrenz Antwerpens und Rotterdam auf die Dauer nicht behaupten können oder nicht.
Das ist eine Angelegenheit, die in erster Linie nicht Hamburg und Preußen angeht, durch deren Zusammenwirken Groß-Hamburg allein geschaffen werden kann, sondern das Reich, für dessen wirtschaftlichen Wiederaufbau der Hamburger Hafen eine geradezu entscheidende Bedeutung hat. Diese Auffassung ist auch immer wieder in den nun schon jahrelang währenden Verhandlungen über die Groß-Hamburg-Frage von allen Parteien hervorgehoben worden, ja, jede Forderung auf der einen Seite und jedes Verweigern auf der andern ist stets mit dem Reichsinteresse motiviert worden. Nur leider ist die Angelegenheit damit nicht nur keinen Schritt weitergekommen, sondern nach dem neuesten Stand der Dinge müssen die Verhandlungen als abgebrochen oder doch wenigstens auf unabsehbare Zeit hinaus vertagt angesehen werden.
Trotzdem ist bisher nichts davon zu merken, daß die Reichsregierung von sich aus die Initiative ergreifen hat, um nun endlich darauf hinzuwirken, daß dem Trauerpiel deutschen Partikularismus, zu dem der Kampf für und wider Groß-Hamburg sich jetzt vollends entwickelt hat, ein Ende zu machen und die Interessen der germanischen Wirtschaftspolitik gegenüber der feindlichsten provinziellen Eigenlust durchzusetzen.
Der augenblickliche, äußerst kritische Stand der Dinge ist dadurch geschaffen worden, daß Preußen seine Schritte getan hat, der praktisch eine Vorwegnahme des Verhandlungsergebnisses in sehr einseitig preussischem Sinne bedeutet. Die Regierung hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Erklärungen der Ministerialkommission mit einem Kostenaufwand von 48 Milliarden fordert. Der Nordteil dieser Insel ist Hamburgiger Staatsgebiet und in äußerst intensiver Weise für den Hafenbetrieb ausgebaut. Preussisch-Wilhelmsburg dagegen ist nur sehr flüchtig bebaut, unmittelbar jenseits der Hamburger Grenze dehnt sich weites Acker- und Wiesland. Ein Blick auf die Karte lehrt, daß dieses Gebiet eine ideale und heute einzig mögliche Erweiterung des Hafenbeckens abgeben würde. In der Tat hat in der letzten Zeit allein dieses Gebiet in den preussisch-hamburgischen Verhandlungen noch eine Rolle gespielt, nach dem man in Hamburg viel weitergehende Pläne — wie die Einbeziehung von Altona, Harburg und Wandsbül — angesichts der abnehmenden Haltung Preußens längst fallen gelassen hatte. Die Anglegerung Wilhelmsburgs aber ist als unabsehbare Notwendigkeit betrachtet worden. Indem Preußen jetzt dieses Gebiet auf eigene Faust „erschließen“ will, also nicht im Sinne einer systematischen Einflüchtung in das Hamburger Hafenystem, hat es das Projekt Groß-Hamburg endgültig zum Scheitern gebracht. Es bleibt nur die Hoffnung, daß das Wilhelmsburger Milliardenunternehmen doch nicht ausgeführt wird.

Zu dieser Hoffnung berechtigt vielleicht die Aufnahme, welche der Regierungsentwurf auf Wilhelmsburg selbst gefunden hat, wo man merkwürdigerweise von dem Milliardenplan gar nichts wissen will. Als vor kurzem eine Kommission des preussischen Staatsrats mit dem Handelsminister Siering an der Spitze zum Studium der Frage dort weite, dann eine Aussprache mit den lokalen Behörden und den Vertretern der beteiligten Korporationen stattfand, in der dem Regierungsentwurf durch die Wilhelmsburger so scharf opponiert wurde, daß der Minister sich veranlaßt sah, mit der Zurückziehung des ganzen Entwurfes zu „drohen“. Die Wilhelmsburger erklärten, daß das auf eine ganze Reihe von Jahren hinaus festgelegte Bauprojekt, das die Schaffung zweier schiffbarer Wasserläufe durch die Insel vorsetzt, wohl dem preussischen Risiko Vorteile bringen werde, sie selbst aber sich davon keinerlei Gewinn versprechen, dagegen be-

Lord Curzon empfängt Kravitt

Die Aktion der beiden liberalen Gruppen — Die Krise noch nicht überwunden?

London, 17. Mai. (W. I. B.)
Der „Daily Mail“ zufolge verläutet, daß Lord Curzon Kravitt heute empfangen wird. Beide Gruppen der liberalen Partei würden bei der heutigen Unterhausdebatte über die Vertagung des Parlamentes gemeinsam von der Regierung die Zustimmung fordern, daß kein Schritt zur Aushebung des englisch-russischen Handelsabkommens getan wird, bevor diese Frage dem Parlament unterbreitet worden ist.

Dem diplomatischen Berichterstatter der „Daily News“ zufolge ist es noch viel zu früh, anzunehmen, daß ein Abbruch der Beziehungen zwischen beiden Ländern abgewandt worden ist.

Katowski gegen England

Charlow, 16. Mai.
Katowski hat am Montag auf einer besonderen Sitzung der Sowjets ein großes politisches Exposé über die englische Note an Russland und die russische Antwort darauf gehalten. Katowski behauptet, daß England an all den in Frage stehenden Einzelheiten gar nichts gelegen sei, sondern daß ihm nur das Befehlen des Kommissarses hinderlich sei. Die englische Note sei nach seiner Meinung eine Aufforderung zu einem Zusammenschluß der ganzen Welt, unter Führung Englands gegen Sowjetrußland. Er wolle England imperialistische Tendenzen vor, und sieht in der Ankunft des englischen Staatsbots in Polen und in der englischen und französischen Politik gegenüber Deutschland ein Zeichen für eine große Koalition gegen Sowjetrußland und Deutschland.

Die tschechisch-polnische Annäherung

Ein Interview mit Dr. Beneš — Der Besuch Jochs
Paris, 17. Mai. (Gca.)
Der Berichterstatter des Petit Parisien hat anlässlich des Besuches des Marschalls Joch nach der Tschekoslowakei eine Unterhaltung mit dem tschechischen Minister des Auswärtigen Dr. Beneš über diese Reise. Er fragte den Ministerpräsidenten, ob Joch in der Tschekoslowakei, ebenso wie in Polen, gemeinsam mit dem Generalstab an eine Prüfung der militärischen Lage herangezogen sei, worauf ihm Beneš antwortete, daß diese Frage nicht aufgetaucht sei, da die Tschekoslowakei keine Militärfachkommission habe. Natürlich wird der Marschall die Arbeit prüfen, die von der französischen Militärkommission ausgeführt worden ist. Er will unsere militärische Organisation und unsere Soldaten sehen. Der Berichterstatter fragte abschließend: „Was denken Sie, was die besten Garantien für den Frieden in Zentral- und Osteuropa

find? Verlassen sie nicht in einer Einigung zwischen Polen und der Tschekoslowakei?

Beneš antwortete ihm, daß die Einvernehmen zwischen uns und Polen ist notwendig, ist unüberwindlich und wird kommen. Alle diejenigen, die sich ihm widersetzen, sind kurzfristige Politiker. Wir sind während 300 Jahren in Streit mit ihnen gewesen und haben uns in drei Jahren über einen Vertrag der Zusammenarbeit mit ihnen geeinigt.
Beneš teilte dem Korrespondenten weiter mit, daß Marshall Joch dem Präsidenten der tschechischen Republik die Einladung überbringt habe, nach Paris zu kommen. Der Präsident Masaryk habe die Einladung angenommen und werde sich in nächster Zeit nach Paris begeben, um sich mit Beneš und den übrigen Politikern auszusprechen. Auch Beneš wird sich in nächster Zeit nach Paris begeben, um im Namen Masaryks dem Präsidenten der Republik für die Einladung zu danken und gleichzeitig die Einzelheiten der Reise Masaryks zu regeln.

Unter der Geißel Neue Verhaltungen

Zürich, 16. Mai.
Der derzeitige Stellvertreter des Oberbürgermeisters, B. Sigurd Neider Säcki, wurde heute vormittag aus dem Rathaus von belgischen Kriminalpolizisten zu einer Vernehmung durch die Befehlshaberbehörde weggeführt. Bis in die späten Nachmittagsstunden war Säcki nicht zurückgekehrt.

Am 15. Mai wurden etwa 20 Mitglieder des Clubs „Deutsch-Österreicher“, die in ihrem Vereinslokal verammelt waren, festgenommen und zur Wache geführt. Im Laufe des Tages wurden sie auf Autos abtransportiert. Das Rathaus wurde von den Besatzungstruppen geschlossen.

Die „Saarbrücker Landeszeitung“ meldet aus Trier: In der Nacht zum 14. Mai wurde auf dem Bahnhof der Trierer eine Sprengung versucht. Es wurde, soweit sich feststellen ließ, auf das Gleis der Bahn eine Sprengpatrone gelegt, die bei der Durchfahrt eines Zuges zur Explosion kam, die Gleise aufriß und den letzten Wagen des Zuges zur Entgleisung brachte. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Sabotageaktes beschafften die Franzosen alle Eisenbahnwegeverbindungen nach Trier, sowie in Trier den Gemeindevorstand, den Pfarrer und den Richter. Heber den Umfang des angelegten Sabotages ist nichts zu erfahren, da die Sabotage durch Soldaten abgeleitet ist. Dem Vernehmen nach soll es bei Wengeroth ebenfalls zu Sprengungen von Bahnanlagen gekommen sein.

Upton Sinclair verhaftet. Nach einer New Yorker Meldung soll Upton Sinclair, der verdächtige amerikanische Schriftsteller, der bekanntlich radikaler Sozialist ist, wegen politischer Tätigkeit der Protagonda verhaftet worden sein. — Eine Erklärung im Interesse der amerikanischen Reputation, daß diese Nachricht sich nicht bestätigen möge.